

Zeitschrift: Lenzburger Neujahrsblätter
Herausgeber: Ortsbürger-Kulturkommission Lenzburg
Band: 67 (1996)

Artikel: Das Jahr 1891 im Spiegel der "Lenzburger Zeitung"
Autor: Neuenschwander, Heidi
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-918005>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 28.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Das Jahr 1891 im Spiegel der «Lenzburger Zeitung»¹

von Heidi Neuenschwander

(Fast) alles schon einmal dagewesen

Zwei Bemerkungen zur «Lenzburger Zeitung» und zur Wahl des Jahres 1891 seien vorausgeschickt: die «Lenzburger Zeitung» hat im Laufe ihres über hundertjährigen Bestehens bezüglich Namen, Format, Umfang, Erscheinungsweise und Inhalt mancherlei Wandlungen durchgemacht. 1891 nannte sie sich «Aargauisches Wochenblatt» mit dem Untertitel «Allgemeiner Anzeiger des Kantons Aargau», gedruckt und verlegt in der «Hegnerschen Buchdruckerei in der Nähe des Postbureau's Lenzburg», als Redaktor und verantwortlicher Geschäftsführer zeichnete ein Herr J. Urech. Die Zeitung erschien einmal wöchentlich und hatte das nicht eben leserfreundliche Format von 40 x 55 cm Höhe. Eine Ausgabe bestand gewöhnlich aus vier Seiten, war mehr Stoff vorhanden, wurde kurzerhand ein weiteres Blatt in der Breite oder der Höhe entzweigeschnitten und beidseitig bedruckt, sodass sich fünf Seiten ergaben, sechs Seiten waren eine grosse Ausnahme. Text und Inseratenteil hielten sich ungefähr im Gleichgewicht. War die «Lenzburger Zeitung» in ihren spätern Erscheinungsjahren ohne politische Bindung, vertrat sie 1891 ganz bewusst den freisinnig-demokratischen Standpunkt.

Zur Wahl des Jahres 1891: Wer das Eisenbahnkapitel im dritten Band der Lenzburger Stadtgeschichte kennt, weiss, dass der Streit um die Lenzburger Beteiligung am Nationalbahnabenteuer und die Übernahme der Zahlungsverpflichtungen nach dem Konkurs der Bahn die Bevölkerung des Städtchens total entzweite. 1891 ist das Jahr der ersten Schweizerischen Bundesfeier. Das grosse Lenzburger Festspiel erforderte den vollen Einsatz aller künstlerischen Kräfte der Kleinstadt, sodass sich die tiefen Gräben zwischen den einstigen Freunden und Gegnern der Nationalbahn allmählich wieder schlossen. 1891 ist also, auf lokaler Ebene betrachtet, ein ruhiges Jahr. Anders verhält es sich auf nationaler Ebene. Bundespräsident Welti sprach an der Bundes-Hauptfeier in Schwyz nicht von ungefähr von «einer in bitterem Hader entzweiten Bevölkerung». Und auf europäischer Ebene ist bereits ein fernes Donnerrollen vernehmbar, das sich 1914 voll entladen wird.

In seinem Rückblick zum Jahreswechsel hält der «Wochenblatt»-Redaktor fest, dass 1890 alles beim alten geblieben sei: Der Friede in Europa sei gewahrt worden, und auch ausserhalb unseres Weltteils habe es wenig kriegerische Ereignisse gegeben. Die paar Revolutionen in Central- und Südamerika, der

¹ Vortrag, gehalten in der Vereinigung für Natur und Heimat, Lenzburg, am 20.2.1995. – Alle Inserate und Anzeigen aus der Lenzburger Zeitung Jg. 1891.

Krieg mit den Rothäuten in Nordamerika, Kämpfe um die Kolonien in Afrika und Australien – dies alles habe nur schwache Wellen an die Gestade der europäischen Politik geworfen. Und in Europa selbst würde sich immer mehr die Überzeugung befestigen, dass die Monarchen nicht mehr so freventlich mit Krieg und Frieden spielen könnten. Das Volk wolle mitsprechen. Lobend wird der deutsche Kaiser erwähnt. Er habe sich an die Spitze der Friedensfürsten gestellt, und alle seine Aktionen seit seinem Regierungsantritt würden ohne Ausnahme den Stempel der Friedensliebe tragen. Seien endlich einmal alle Nationen von den Segnungen des Friedens überzeugt, dann seien die in Waffen starrenden Militärallianzen ein überwundener Standpunkt. Schon heute würden viele Menschen den Militarismus nur mehr als eine blasse äussere Dekoration der Fürstentherrlichkeit betrachten.

Kinderwagen.

In großer Auswahl empfehlen
NEESER & ROHR,
 Kinderwagenfabrik Lenzburg.

Das Verkaufsmagazin befindet sich bei der Fabrik Untere Mühle
 und ist jeden Sonntag bis Nachm. 5 Uhr geöffnet. 410

Immer mehr aber werde die Arbeiterfrage zur Universalfrage. Mit einem Blick auf Deutschland meint der Redaktor, Kaiser Wilhelm wolle zwar die Zügel in der Hand behalten, ob es ihm aber auf die Dauer gelinge oder ob es im gefalle oder missfalle, die Arbeiterbewegung werde immer massiver und grossartiger auftreten und poche an die Pforte der Staatsgewalt. Ob sich die Arbeiter mit Zugeständnissen begnügen werden – die Sprache ihrer Presse sei nicht vielverheissend.

Wenig Verständnis bringt Redaktor Urech auf für die Forschung des weltbekannten Bakteriologen und spätern Nobelpreisträgers Robert Koch: «Die-selben haben ungeheures Staunen hervorgerufen... Die Ernüchterung ist nicht ausgeblieben. Was war grösser? Die Reklame, der Schwindel oder die Dummheit des Publikums? In ein paar Jahre spricht man von der Antitubèrkel Lymphe kaum noch ein Wort. Wo ist dann Koch? Die Lungenkranken werden nach wie vor sterben, wie ja auch die Pocken trotz der Impfung nie verschwunden und die Cholera trotz der Entdeckung des Cholerabazillus durch den gleichen Herrn Koch immer wiederkehrt. Auch die Influenza, nachdem seit ihrem Auftreten ein Menschenalter vorüber, ist wieder gekommen. Wo ist da ein Koch?».

Aufsehen, ja Bewunderung habe dagegen das Wiederauftauchen der beiden Afrikareisenden Stanley und Emin Pascha nach jahrelanger Verschollenheit hervorgerufen. (Stanley war 1887 von der Kongo Mündung aus zu einer Expedition zur Rettung Emin Paschas aufgebrochen und hat mit ihm 1889 die Ostküste wieder erreicht).

Unter dem Titel «Leider, so ist's» wird die soziale Lage weiter Bevölkerungskreise geschildert: «Wer im Glück und im Vollen sitzt, der begreift manche Regung nicht, die in den Tiefen der Gesellschaft vor sich geht; wer aber selbst hineinblickt in die Lage der Millionen, die zu den Entrechteten zählen, den ergreift, auch wenn er anderen, besser situierten Volksschichten angehört, allmählig die Überzeugung von einem schweren Unrecht, das auf der Welt besteht, und von der Notwendigkeit rascher und radikaler Remedur»... «Wenn der Mensch zu nichts weiterem auf der Welt ist, als zu arbeiten und für seine Arbeit nicht mehr erhält, als was er braucht, um nicht zu verhungern, denn sieht's traurig aus für uns Menschenkinder; der grösste Teil der Bevölkerung lebt aber tatsächlich so ärmlich, und wie diese Lebensweise auf das Wachstum des Körpers, das Wohlbefinden und die geistige Gesundheit des Menschen einwirkt, darüber könnte man Kapitel schreiben, das Leben zahlloser Menschen ist ein langsamer Selbstmord.» – Solche Sätze sind zwar auch uns heute wohlbekannt – nur: wir lesen sie in Berichten der Hilfswerke über Zustände in der Dritten Welt, 1891 betreffen sie Europa.

Unter der Rubrik «Aargau» vernehmen wir, gesperrt gedruckt, von einer Versammlung von 65 freisinnigen Männern aus allen Teilen des Aargaus. Sie beschlossen einstimmig, ein Initiativbegehren zu lancieren, damit bei der bevorstehenden Partialrevision der aargauischen Staatsverfassung die Volkswahl der Regierungs- und Ständeräte aufgenommen wurde. (beide bisher durch

den Grossen Rat gewählt). Auch in folgenden Zeitungsnummern wird wiederholt der Leser mit diesem Begehren vertraut gemacht und zur Unterschriftenabgabe aufgemuntert. An der kantonalen Abstimmung vom 21. Juni 1891 wurde ein entsprechendes Gesetz aber vom Volk verworfen. Lenzburg selbst verwarf nur ganz knapp (133 ja / 150 nein). Erst in einem zweiten Wahlgang am 7. Juni 1903 wurde schliesslich die Volkswahl der Regierungs- und Ständeräte angenommen.

Der Winter 1890/91 war aussergewöhnlich hart. Der zugefrorene Hallwilersee konnte per Pferdeschlitten überquert werden. Am 24. Januar besuchte der Männerchor Baden per Schlitten Lenzburg. – Aber auch in Lenzburg brachte der harte Winter für manchen Einwohner Not und Sorge: «Rubrik Lenzburg: Der Winter führt wieder einmal ein strenges Regiment, und die Not, die er bringt, ist vielerorts grösser, als man ahnen mag; die verschämte Armut leidet eben viel stärker als die unverschämte. Es möge sich daher die Hand der Mildtätigkeit in christlicher Barmherzigkeit öffnen und den Notleidenden nach Möglichkeit zur Seite stehen. Hungern und frieren zugleich, das ist harte Pein.» – In Genf verordnete der Staatsrat mit Rücksicht auf die herrschende Not, dass die Zentrale Pfandleihanstalt den Armen ihre Pfänder unentgeltlich zurückzugeben habe. Für den Schaden kam der Staat auf.

Auch im übrigen Europa herrschte grimme Kälte. In Budapest waren die Donau, in Frankreich die Seine und mehrere andere Flüsse zugefroren; in Wien die Wärmestuben mit dürftig bekleideten Armen, sogar ganzen Familien, total überfüllt. Venedig versank in Eis und Schnee, und weil die Häuser dort nicht geheizt werden könnten, bleibe – wer immer es sich leisten könne – den ganzen Tag im Bett.

In einem folgenden Leitartikel wird die Frage untersucht, ob Treue, Glauben und Vertrauen verglichen mit früheren Zeiten abgenommen hätten. Der Redaktor weist auf die total veränderten Lebensbedingungen hin: dank den heutigen Verkehrsmitteln trete jeder aus der Enge der eigenen Häuslichkeit heraus in die Arena des Weltverkehrs, wo gute und zweifelhafte Existenzen ihr Wesen trieben. So müsse auch der an sich Vertrauensselige vorsichtig werden. Zudem wird auf den grossen Einfluss der Presse hingewiesen. Noch vor wenigen Jahrzehnten sei in ländlichen Familien ausser der Bibel, der Postille und dem Kalender keine einzige Lektüre im Haus gewesen. Heute halte sich jedermann eine oder gar mehrere Zeitungen und bekäme dadurch Kenntnis von Betrugsfällen und Bankrotten. Die Menschen seien nicht besser und nicht schlechter geworden, aber eine total veränderte Umwelt zwingt sie zu einem total veränderten Verhalten.

Ein Lokalblatt muss nicht nur seine Leser informieren, es soll sie gelegentlich auch erheitern. So wird berichtet: Ein Pariser Advokat liess im Laufe des letzten Jahres 3000 Stück Zigarren bei einer Versicherungsgesellschaft für 3000 Franken versichern. Nach einiger Zeit erschien der Advokat bei der Gesellschaft und verlangte die Auszahlung der Versicherungssumme, weil alle

Bei Schlittenparthien

empfehle ich mein reichhaltiges Lager in



Masken

zur gest. Benutzung bestens. Die Masken schützen vor Schneeestöber und Bismind vorzüglich.

Es sind zahme u. wilde Völkerschaften zu haben, zahme und wilde Thiere, Aristokraten und Sozialdemokraten, junge u. alte Frauen, schöne und wüste Herren, lange und kurze Nasen, Dominos, Bärte in allen Farben.

Es empfiehlt sich bestens

Friedr. Schakmann, Lenzburg.

Feuerwehr- Cigarren,

per Stück à 7 Cts., per Kistchen 100 Stück à Fr. 6. Ferner Beveh — Grandson — Rio grande — Basilea

— Cuba in vorzüglicher, bester Qualität. Tabak in Paq. à 50—100 Gr. Gewicht à 10—60 Cts. per Paq., die besten Sorten in fortwährend gleicher Qualität.

Chiquetabak — Schnupftabak (ächt Lenzburger O — Blümli — Mentholin — Schneeberger) empfiehlt bestens

Friedr. Schakmann, Lenzburg.



Die Unterzeichneten benachrichtigen hiermit ihre verehrl. Kunden zu Stadt u. Land,

daß ihre Geschäfte vom nächsten Sonntag an, an Sonn- und Festtagen geschlossen bleiben und empfehlen sich höflichst für ihren gest. Zuspruch während der Wochentage.

Lenzburg, 11. Mai 1891.

798

**Abr. Bertschinger.
Bertschinger & Cie.
A. Rohr.
Heinrich Zweifel.**

Wir haben im Einverständnis mit Herrn N. Sager
ohne Aufschnitt. Schürch für den Verkauf unserer **Wurst- u. Fleischwaren** 306

Herrn E. BÜCHLI-URECH

in der Burghalde

eine zweite Verkaufsstelle übertragen, der unsere Waaren zu denselben vereinbarten Preisen abgeben wird.

Venzburg, 26. Februar 1891.

Saxer & Rohr,

Wurst- und Fleischwaren-Fabrik.

Auf Obiges Bezug nehmend, empfehle mich meiner verehrten Kundschaft für Abnahme der gangbarsten

Wurst- und Fleischwaren,

sowie von schönem

Schweineschmalz

aus genannter Fabrik bestens.



E. Büchli-Urech.

Zigarren verbrannt seien. Als Beweis legte er eine von drei Personen unterschriebene Bestätigung vor, wonach der Advokat selber alle diese Zigarren geraucht hätte. Als die Versicherung die Auszahlung verweigerte, strengte der Advokat einen Prozess an und gewann ihn tatsächlich. Die Versicherung musste zahlen, strengte aber ihrerseits umgehend einen Prozess gegen den Advokaten an, weil dieser Brandstiftung an einer versicherten Ware begangen habe. Diesmal gewann die Versicherung, und der Advokat hatte ausser der Versicherungssumme noch 3000 Franken für Umtriebe zu bezahlen – worüber ganz Paris gelacht haben soll.

Der Archipel Gulag ist keine Erfindung Stalins: bereits das zaristische Russland schickte seine Gefangenen nach Sibirien. Eindrücklich schildert das «Wochenblatt» den mühsamen Weg der Gefangenen: bis zur Grenze Sibiriens werden sie per Bahn spedit, dann gilt es, den ganzen 2600 km langen Weg zu Fuss mit ungenügender Kleidung, unbrauchbarem Schuhwerk und mit kläglicher Nahrung hinter sich zu bringen. Wer diese Strapazen lebend übersteht, lernt die Hölle der sibirischen Gefängnisse mit der unmenschlichen Schwerarbeit in den Minen von Kara kennen.

Der 15. März 1891 ist nach der Meinung des «Wochenblattes» für die Eidgenossenschaft kein guter Tag gewesen. Das Pensionskassengesetz für Bundesbeamte wurde vom Volk haushoch verworfen. Selbst in den Städten, auch von den Arbeitern, aber ganz besonders bei den Bauern herrschte die Meinung, ein Beamter, der ein Jahresgehalt von 1000 Franken beziehe, sei ein vermöglicher Mann und bedürfe keiner Pension. Mit dem Pensionskassengesetz für

Bundesbeamte hatte der Bundesrat einen ersten Schritt zur Realisierung einer sozialen Altersfürsorge unternehmen wollen. Das miserable Abstimmungsresultat werfe bereits – so fürchtet unser Berichterstatter – seine Schatten auf das in Beratung stehende Gesetz für eine Kranken-, Unfall- und Militärversicherung – und er sollte mit seiner Befürchtung recht behalten; auch dieses Gesetz wurde in der Eidgenössischen Abstimmung vom 20. Mai 1900 wuchtig verworfen.

Im Verlauf des Frühlings nehmen die Arbeiterunruhen in den verschiedenen europäischen Ländern zu. Ende April bricht auf der Braunkohlengrube «Henriette» in Helmstedt ein Streik aus. Daraufhin werden 23 Arbeiter entlassen, über 200 erhalten die Kündigung. – Der deutsche Kaiser ist ganz offensichtlich nicht bereit, den Sozialisten irgendwelche Konzessionen zu machen. Der Redaktor der sozialistischen «Volksstimme» in Magdeburg hat in seiner Zeitung das Weberlied von Heinrich Heine abgedruckt, und wird nun wegen Gotteslästerung zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Schlagen wir Heines Gedicht an die schlesischen Weber nach, sehen wir, dass der Redaktor in Tat und Wahrheit wohl eher für Majestätsbeleidigung als für Gotteslästerung verurteilt worden ist, denn der dritte Vers dieses Gedichts lautet:

*Ein Fluch auf den König, den König der Reichen,
Den unser Elend nicht konnte erweichen,
Der den letzten Groschen von uns erpresst,
Und uns wie Hunde erschiessen lässt.*

Prima Qualität Ochsenfleisch		
	à 80 Cts.	
	Vangenthaler Kalbfleisch	
	à 80—90 Cts.	
Schafffleisch	à 80 Cts.	
Schluten, Schäfeli und Rippli	à Fr. 1. 10	
Hammi	" " 1. —	
Magern Speck	" " 1. 10	
Fetten Speck	" " 1. —	
Alles inländische Waare, salpeterfrei gesalzen, sowie rein gesottenes		
Schmalz	à 1 Fr. per 1/2 Kilo empfiehlt höflich	510
J. Leder, Metzger.		

Gespannt erwartet man die Ereignisse am 1. Mai. In Italien und Frankreich kommt es zu blutigen Auseinandersetzungen mit der Polizei, England, Belgien und Deutschland bleiben ruhig. In der Schweiz kann sich die Arbeiterschaft nicht auf ein einziges Datum einigen. Die einen wählen den 1., die andern den 3. Mai als Tag der Arbeit. «Hätten alle den 3. Mai gewählt, so würde zwar nicht die weitgehende Forderung des Acht-Stundentages, gewiss aber das Verlangen nach Verkürzung der Arbeitszeit in unserer Bevölkerung Beifall gefunden haben.» – Die Arbeitszeit in den Fabriken betrug damals oft noch 11–12 Stunden, vereinzelte Betriebe aus der Maschinenindustrie, wie z.B. die Maschinenfabrik Bern und Brown Boveri in Baden, haben ab 1. Januar 1891 den 10-Stundentag eingeführt.

Im Jahr 1491/92 waren die Juden aus Spanien vertrieben worden. Vierhundert Jahre später findet abermals eine grosse Judenvertreibung statt, diesmal in weiten Teilen Russlands. Im Mai meldet das «Wochenblatt», der Generalgouverneur aus Transkaspien habe alle Juden ausgewiesen. Auch aus Kiew würden jüdische Menschen vertrieben, und in Moskau würden täglich mehrere hun-

Schloss Lenzburg.



Wiedereröffnung der Sommerwirthschaft

☛ **Warme Zimmer.** ☚

Bereinen, Gesellschaften und Schulen wird es als schönst gelegener
Ausflugspunkt empfohlen. 439

☛ **Gute Restauration.** ☚

Schloßbergerwein (Eigengewächs). Alle Sorten Landweine und
Flaschen-Bier. Aufmerksame Bedienung.
Für Vereine, wenn vorher angemeldet, **offenes Bier.**
Es empfiehlt sich Frau Dr. E. Wedekind.

Um rechtzeitig im Besitz von ungeänderten
 **Strohüten** 
 zu sein, beliebe man solche ungesäumt zu übergeben. Es empfiehlt sich
M. Hofmann-Hammerli.

dert jüdische Familien das Land per Bahn verlassen. Die gegen die Juden ungünstige Stimmung in allerhöchsten Regierungskreisen dauere weiter an. Zwei Wochen später eine weitere Meldung: Die Austreibung der Juden sei nun auch auf Odessa ausgeweitet worden. Dort würden ungefähr 120'000 Juden leben. Dem Zar sei weisgemacht worden, das grossartige Hafengeschäft in Odessa liege zu 4/5 in jüdischen Händen, ebenso wandere der gesamte Profit des südrussischen Getreidehandels in die Taschen der Juden, während die Bauern und Grossgrundbesitzer verarmten. Das sei für den Zaren ausschlaggebend, um die öffentliche Meinung in Europa kümmere er sich nicht.

Sommer-Handschuhe,
Glacé-Handschuhe,
Waschleder-Handschuhe
 bringe in empfehlende Erinnerung
Joh. Schwarz.
 In Sonn- und Feiertagen ist mein Geschäft geschlossen.

Ein schwarzer Tag, vielleicht der schwärzeste in der ganzen Geschichte der schweizerischen Eisenbahngeschichte, war der 14. Juni 1891. In Münchenstein bei Basel wurde ein Gesangsfest gefeiert. Um 2.15 Uhr nachmittags verliess ein mit 400 – 500 Festbesuchern überbesetzter langer Eisenbahnzug den Basler Bahnhof. Ihm waren zwei Lokomotiven vorgespannt. Als diese sich auf der etwa 15 m langen Eisenbahnbrücke über der Birs befanden, stürzte die Brücke plötzlich zusammen und riss die beiden Lokomotiven und vier Personenwagen in die hochgehende Birs, während ein fünfter Wagen zwischen

Seidenstoff-Resten

farbig und schwarz, glatt und broschirt,
Band-Coupons (beim Gewicht)
Spiken, Schleiertüll, Crêpe.
In Rüschen und Biais
 vom Billigsten und Neuesten.
 Schürzen, Taschentücher, Cravatten
 empfiehlt
Joh. Schwarz.

**Filzhüte, Pelzwaaren und
Winterkappen**

empfehlen das Neueste in großer Auswahl billigst 1605

Jb. Leemann in Lenzburg.



Geleise und Fluss in der Luft hing. Das Eisenbahnunglück forderte über 200 Tote und zahlreiche Verletzte. Es war seit 1842 das zweitgrösste Eisenbahnunglück auf der Welt überhaupt. Die Eisenkonstruktion der Brücke hatte in den 1870er Jahren Eiffel in Paris errichtet.

Bei den damaligen technischen Hilfsmitteln gestaltete sich die Bergung der Verletzten und der grässlich verstümmelten Toten ausserordentlich schwierig. Die Bergung wurde im «Wochenblatt» ausführlich beschrieben, und gleichzeitig darauf hingewiesen, dass im Laden des Herrn Sager-Schürch eine Photographie-Aufnahme vom Münchensteiner Eisenbahnunglück ausgestellt sei. – Ebenso schwierig wie die Bergung der Toten und Verletzten gestaltete sich später die Frage der Haftung und der Zahlung der Entschädigung an die Opfer oder deren Hinterlassene. Zwischen den vier grossen Schweizer Privatbahnen bestand eine Vereinbarung, wonach grosse Schäden gemeinsam getragen werden sollten. Auf die Jura-Simplon-Bahn, auf deren Strecke sich das Unglück ereignet hatte, entfiel ein Drittel dieser Kosten. Die Bahn war aber nur für 120 000 Franken bei der Préservatrice in Paris versichert.

Schon in der ersten Januarwoche war im «Wochenblatt» kurz auf das Tauziehen um den definitiven Standort für ein geplantes Schweizerisches Landesmuseum hingewiesen worden. Basel, Bern und Zürich bewarben sich um dieses Museum; Basel als Grenzstadt schied bald aus, Bern und Zürich blieben

im Rennen. Endlich Ende Juni herrschte zwischen den beiden eidgenössischen Räten Übereinstimmung, das vielumworbene Museum wurde Zürich zugesprochen.

Der Lokalblattredaktor in einer Kleinstadt ist ein vielgeplagter Mann: seine Leser kennen ihn nicht nur, sondern sie sehen ihn auch täglich, und können daher, wenn sie mit einem Artikel nicht einverstanden sind, jederzeit reklamieren. So ist es denn wohl begreiflich, wenn dem Redaktor hin und wieder der Geduldsfaden reisst und er im Lokalblatt seinem Ärger Luft macht: «An solche, denen es ein Redaktor nie recht machen kann: Was würde ein Schuhmacher antworten, wenn ihn jemand tadelte, weil nicht jedes vorrätige Paar Stiefel jedermanns Füßen passte und sich darob unterfinge, ihn einen Pfu-scher zu nennen, oder gesetzt, jener jemand wäre minder unvernünftig und erklärte bloss die Stiefel für untauglich, die ihm nicht passen; würde der Schuhmacher Unrecht haben, ihn für einen kompletten Esel zu halten? Nun, was jener jemand täte, genau dasselbe tun diejenigen, die jeden Zeitungsartikel nach ihrem Geschmack bemessen und sich einbilden, ihr Geschmack sei jedermanns Geschmack.»

Ein Leitartikel Ende Juli ist als Werbung neuer Mitglieder für den Armen-erziehungsverein des Bezirks Lenzburg geschrieben. Er wirft ein grelles Licht auf das Schicksal der Verdingkinder. Mindeststeigerungen seien zwar durch das Gesetz verboten, wo es sich um die Verkostgeltung armer Kinder handle, und der Form nach würden solche Sklavenmärkte im Kanton Aargau nicht mehr vorkommen. Aber wenn sich mehrere Personen für einen Knaben oder ein Mädchen interessierten, weil sie ein solches Kind für diese oder jene Verrichtung gut gebrauchen könnten, würden Ortsarmenpflegen das Kostgeld in der Regel so tief als möglich ansetzen. Der Armen-erziehungsverein jedoch habe seit seinem nunmehr dreissigjährigen Bestehen diesem Beispiel nie nachgeahmt, sondern höhere Kostgelder bezahlt, weil er an die Pflege-eltern auch höhere Anforderungen in Bezug auf Kleidung, Nahrung und Erziehung des Kindes stellte. Zudem glaube mancher Armenpfleger, Rücksicht nehmen zu müssen, indem er einem ungeeigneten Pflegevater die Schande erspare, ein Pflegekind wegzunehmen oder man wolle den Pflegevater nicht um das kleine «Verdienstli» bringen, das er notwendig brauche, und das für ihn eine Art Armenunterstützung darstelle. Solchen und ähnlichen Rücksichten würde manches arme Kind geopfert, was kein Menschen- und Kinderfreund billigen könne.

Im August fand nicht nur die erste Schweizerische Bundesfeier statt, sondern Bern feierte auch sein 700 Jahr Stadt-Jubiläum. Auf diesen Anlass hin dürfte in Bern die elektrische Strassenbeleuchtung eingeführt worden sein, berichtet doch das «Wochenblatt», Berns Strassen seien bei dieser Feier «tag-hell» erleuchtet gewesen. Zur gleichen Zeit fand in Bern auch ein Internationaler Geographischer Kongress statt. Für das Festbankett mussten ein Hirsch aus dem Hirschengraben und ein Bär aus dem Bärengraben ihr Leben lassen. Hoffentlich haben sie den Herren gut geschmeckt!

Am 18. Oktober hatten die Schweizer Stimmbürger über zwei Abstimmungen mit weitreichenden Konsequenzen für den Bundesstaat abzustimmen: über das Banknotenmonopol und ein neues Zolltarifgesetz. Mit dem Banknotenmonopol sollte dem Bund das ausschliessliche Recht zur Abgabe von Banknoten verfassungsmässig zugesprochen werden. Nachdrücklich versucht das «Wochenblatt», seine Leser von der dringenden Notwendigkeit einer Bundesnotenbank zu überzeugen: «Was ist eine Banknote? Theoretisch ein Zahlungsverprechen. Faktisch aber verdrängt die Banknote im modernen Zahlungsverkehr das gemünzte Geld, und sie ist ein Zahlungsmittel mit der gleichen Verbindlichkeit wie das Hartgeld. So wenig als das Recht zur Prägung des Hartgelds darf daher das Recht zur Ausgabe von Banknoten Privatbanken überlassen werden, sondern es darf nur dem verfassungsmässigen Träger der Münzhoheit, dem Bunde zustehen. Aber dieses Banknotenmonopol stösst in vielen kapitalistischen Kreisen auf mächtige Opposition. Manche der gegenwärtigen Emmissionsbanken bedienen sich der Ausgabe von Banknoten zur Vermehrung ihres Gewinns, der umso grösser ist, je geringer die Bardeckung ist. Sie kümmern sich nicht um Sicherheit oder Unsicherheit ihrer Noten und rechnen damit, dass in Zeiten einer Krise oder gar eines Krieges der Bund für deren Einlösung sorgen müsste. So bekämpfen sie unter der Flagge einer falsch verstandenen Wirtschaftsfreiheit das staatliche Monopol des Bundes.» – Das Gesetz wurde angenommen, aber bis zur Errichtung einer zentralen schweizerischen Notenbank waren während Jahren noch zahlreiche Hindernisse zu beseitigen; wurde doch gegen das Ausführungsgesetz, das eine reine Staatsbank als Noteninstitut vorsah, das Referendum ergriffen, weil weite Kreise eine zu starke Einflussnahme der politischen Behörden auf die Wirtschaft fürchteten. Erst mit dem vom 6.10.1905 datierten Gesetz wurde das Problem einer zentralen Notenbank auf neuer privatrechtlicher Grundlagen gelöst. Mit der Geschäftseröffnung der Schweizerischen Nationalbank am 20.6.1907 erfolgte die grosse bankpolitische Wende: die Ablösung der bestehenden 36 Notenbanken in der Schweiz durch die zentrale Notenbank unter Bundesaufsicht.

Die Schaffung des Bundesstaates 1848 hatte die Zollvereinheitlichung im Zeichen des Freihandels ermöglicht. Seit den 1880er Jahren zwangen die protektionistischen Massnahmen der andern Staaten die Schweiz zu einem drastischen Kurswechsel ihrer Handelspolitik. In mühsamen Auseinandersetzungen um die oft gegenteiligen Interessen der verschiedenen Bevölkerungsgruppen und Wirtschaftszweige war schliesslich ein neuer Zolltarif geschaffen worden. Er wurde von zwei Interessengruppen abgelehnt: von überzeugten Anhängern und Nutzniessern des Freihandels und von den Arbeitern, die, eine Verteuerung der Lebenskosten fürchtend, sich in einer «Liga gegen die Verteuerung der Lebenskosten» zusammenschlossen. So wurde gegen den Zolltarif das Referendum ergriffen, und der Bürger sollte nun an der Urne entscheiden.

Niemand sollte versäumen,
bevor er sich mit Schuherk verieht, daß

209

Schuhmagazin

von

Rud. Hirt in Lenzburg

zu besuchen.



Bei einer größten Auswahl

der verschiedensten Artikel der Schuhbranche wird sich für Jedermann etwas Passendes finden.

Geschäftsprinzip: Gute reelle Waare für wenig Geld.

Preislisten und Auswahlendungen auf Verlangen franco.

Achtungsvoll empfiehlt sich

Lenzburg, im März 1891.

Rud. Hirt.

Empfehlung.

Mache das Publikum und werthe Gönner aufmerksam, daß Unterzeichneter mit dem heutigen Tag ein Laden im Hause der Frau Halder No. 61, Rathhausgasse eingerichtet hat und empfiehlt sich aufs Angelegentlichste in allerlei 1432



Wand- und Taschen-Uhren,
Becker, Ketten,
U n h ä n g e r,
sowie zu dessen  **Reparaturen** bereitwilligst.

Lenzburg, im Oktober 1891.
Fr. Wenger, Rathhausgasse.

Eindringlich wird das neue Zolltarifgesetz im «Wochenblatt» verteidigt, seine Verweigerung durch den Souverain als nationales Unglück bezeichnet. Die Sonderinteressen einiger renitenter Industrieller würden die Wohlfahrt des ganzen Landes aufs Spiel setzen und die Unzufriedenheit im Volk würde noch mehr gesteigert werden. Und schliesslich, an die Adresse der «Liga» gewandt: «Das Ideal der Sozialdemokraten, mit dem Stimmzettel des Landes Wohlfahrt erzielen zu wollen, würde ins Gegenteil umschlagen, denn Ihr müsst wissen, dass wir nicht mehr mit dem Schwert, der Hellebarde und dem Morgenstern kämpfen können, unsere Waffen jetzt sind ganz anderer Natur: Vorerst bedürfen wir der Einheit, welche jedes Häuflein stark macht. Erkenntnis der Zeit und der Verhältnisse, Besonnenheit, Einsicht, Vernunft, überhaupt Intelligenz in jeder Richtung, um gegen die herrschenden Despoten zu kämpfen. Die Feinde der Schweiz von dazumal sind nicht mehr dieselben. Heute sind es Kapitalismus und Egoisten und Demagogen in allen Parteien.» Sowohl das Banknotengesetz wie auch das Gesetz über den Zolltarif wurden im Kanton Aargau und in der Eidgenossenschaft mit grossem Mehr angenommen; geradezu überwältigend war die Annahme in Lenzburg: Zolltarif 279 Ja/35 Nein, Banknotenmonopol 283 Ja/34 Nein.

Bevor wir uns den beiden letzten grossen Problemkreisen zuwenden, sei ein kurzer Bericht aus Solothurn wiedergegeben: «Kirchenfürstliches: Als letzten Sonntag abend Bischof Haas von einer Priesterweihe in Olten kommend, mit der Eisenbahn nach Solothurn fuhr, huben sie in einigen Dörfern des Gäus, so in Wangen, Hägendorf etc. mit allen Glocken zu läuten an, um die Durchfahrt des hohen Kirchenfürsten geziemend zu verherrlichen. Da das Geläute mit allen Glocken zu dieser ungewohnten Tageszeit allgemein als Feualarm aufgefasst wurde, so eilten manche in den Nachbardörfern nach

der Feuerspritze, um den vermeintlich feuergefährdeten Nachbarn Hilfe zu leisten.»

Krieg oder Frieden? In den 1880er Jahren waren die politischen Spannungen zwischen den grossen europäischen Staaten immer grösser geworden: 1882 schlossen Deutschland, Österreich und Italien einen Dreibund, 1887 kam ein geheimer Rückversicherungsvertrag zwischen Russland und Deutschland zustande. Darin hatten sich beide Staaten gegenseitig eine wohlwollende Neutralität garantiert. 1890 wurde der dreijährige Vertrag nicht mehr erneuert, 1891 in Deutschland ein «Alldeutscher Verband» als Vorkämpfer für eine imperialistische Politik gegründet.

Seit dem Herbst 1891 lässt sich auch im «Wochenblatt» mühelos verfolgen, wie Europa immer mehr einem neuen Krieg zutreibt. Ein paar Beispiele: In der Ausgabe vom 12. September wird unter dem Titel «Wie es mit dem europäischen Frieden steht», aus massgeblichen französischen Blättern zitiert. An einem sichern Bündnis zwischen Frankreich und Russland könne nicht mehr gezweifelt werden. Deutschland habe behauptet, es verbürge den Frieden. Einen solchen Frieden aber habe Frankreich nicht annehmen können, weil er ihm aufgezwungen worden sei. Noch seien die schwebenden Fragen nicht geklärt. Der Friede sei, abgesehen von unvorhergesehenen Fällen, gesichert durch den einstimmigen Willen aller. Sollte es aber doch zum Kriege kommen, so habe Frankreich den Kaiser von Russland mit seinen zahllosen Heerscharen auf seiner Seite.

P. J a n s, Theaterfriseur, Lenzburg
empfehl't sich bei beginnender Saison den Lit. Liebhabergesellschaften und Vereinen
bestens. Feine Ausführung und möglichst billige Preise. 2069
A t t e s t e über Leistungen zur Verfügung.
Berfertigen und Ausleihen von Perrücken, Bärten etc.

Hypothekar- & Leihkasse Lenzburg.
Der Zinsfuß beträgt vom 31. Dezember
1890 an für **Contocorrent-Creditoren** $3\frac{1}{2}\%$
und für **Contocorrent-Debitoren** $4\frac{1}{2}\%$.
8
S a n s e r, Verwalter.

Im November wird von einer grossen Hungersnot in Russland berichtet. In einigen Dörfern würden sich die Menschen von in Wasser gekochten Birkenblättern ernähren. Aber trotz diesen grauenhaften Zuständen schränke die Regierung ihre militärische Aufrüstung nicht ein, im Gegenteil, Kriegs- und Marineministerien hätten beträchtliche Budgeterhöhungen zu erwarten.

In derselben Nummer wird ein Telegramm aus Deutschland wiedergegeben: Kaiser Wilhelm habe an einer Rekrutenvereidigung gesagt: «Ihr werdet hoffentlich nur im Frieden Gelegenheit haben, eure Tapferkeit und euern Mut zu bezeugen. Vielleicht aber stehen auch ernste Kämpfe bevor.»

Die Kriegsvorbereitungen der grossen Nachbarn hatten auch auf die schweizerische Landesverteidigung einen Einfluss. Am 5. Dezember wird gemeldet, dass das Militärdepartement ausserordentliche Kredite für Kriegsbereitschaft gefordert habe. Im Wallis sollten Befestigungen errichtet werden, denn «wir werden denjenigen unsere Pässe sperren, welche die einen oder andern unserer Nachbarn in einem Kriege als die geeignetsten Ausfalltore wählen möchten».

Der Leitartikel der nächsten Nummer fasst unter dem Titel «Künftige Kriegsgreuel» einen Vortrag zusammen, welchen der bekannte Wiener Chirurg und Spezialist für Kriegschirurgie, Prof. Billroth, kürzlich gehalten hatte. Billroth plädierte für die Notwendigkeit, die Feldsanität dem heutigen Stand der Waffen anzupassen. Die neuen Geschosse hätten eine viel stärkere Perkussionskraft; während früher eine Kugel nur einen Knochen zerschmettert habe, würden heute noch zwei oder drei weitere durchschlagen. Die Tragweite der heutigen Geschosse reiche bis zu 1,5 km. Deshalb müsse auch mit einer viel grösseren Zahl von Schwerverwundeten in einem künftigen Krieg gerechnet werden. Schliesslich entwickelte Billroth vor seinen Zuhörern noch die Schreckensvision der zukünftigen Kriege: «Wenn die Äronautik solche Fortschritte gemacht haben wird, dass man von oben herab kämpfen wird, oder wenn man Sprengkugeln haben wird, die von oben herab kommen, oder wenn die Elektrizität so weit gediehen sein wird, dass man elektrische Batterien in Luftballons herabführt und Blitze herunter fallen lässt – das alles sei nicht übertriebene Phantasie. Weshalb also nicht die Vorsorge für die Verwundeten den neuen militärischen Gegebenheiten anpassen?»

Die Eisenbahnfrage zieht sich wie ein roter Faden durch den ganzen Jahrgang 1891 des «Wochenblattes», nämlich die Frage der Verstaatlichung der Privatbahnen. Seit dem Ende der achtziger Jahre hatte der Bund den Rückkauf der grossen schweizerischen Haupteisenbahnlinien eingeleitet. Im Frühjahr 1891 hatte er die Zustimmung der Bundesversammlung zum Kauf von fünfzig Prozent des Aktienkapitals der Schweizerischen Zentralbahn erhalten. Die Übernahme der andern Hälfte der Aktien und damit des ganzen Bahnunternehmens, war das erklärte Ziel. Damit brachen aber im Volk die alten Gegensätze um die Splügen-, die Gotthard- und die Simplonbahn erneut hervor. In einer Volksabstimmung am 6. Dezember sollte nunmehr über diesen Kauf abgestimmt werden.

Emil Rohr, Tapezierer
am Ziegelrain 1870



bringt in gefl. Erinnerung
seine äußerst praktischen
**Kinderfesseli, Klapp-
fessel, gepolsterte Ar-
beitsfesseli, Wiener-
fessel, gemalte Sto-
ren, Handtuchständer
Vorhanggarnituren,**

**Spiegel, Fauteuils, Canapé, Matratzen,
Bettfedern und Flaum.**

Lenzburg, im November 1891.

Die Bett- u. Möbelhandlung
und Sattlerei
von
H. Kieser-Bracher in Lenzburg

Liefert unter Garantie

<p>Federmatratzen einschläfig anderhalbschläfig zweischläfig</p> <p>Es empfiehlt sich bestens</p>	<p>I. Qualität: II. Qualität:</p> <p>Fr. 25. — Fr. 24. —</p> <p>" 28. — " 27. —</p> <p>" 30. — " 29. —</p> <p style="text-align: center;">H. Kieser, Sattler.</p>
--	--

Wenn man weiss, wieviele schlechte Erfahrungen die Lenzburger mit privaten Bahnaktien-Gesellschaften bereits hinter sich hatten, erstaunt es nicht, sie in den Reihen der feurigen Befürworter einer schweizerischen Staatsbahn anzutreffen. Schon im Frühjahr hatte das «Wochenblatt» verkündet, nicht erst die Enkel, sondern bereits die jetzige Generation solle die Früchte der Verstaatlichung des gesamten schweizerischen Eisenbahnnetzes geniessen.

Wir verfolgen die letzten Wochen vor der Abstimmung im Spiegel des «Wochenblattes»: Am 21. November wird der Bundesbeschluss über den Ankauf der Zentralbahn in extenso abgedruckt und gleichzeitig vorgerechnet, dass der Bund mit dem Ankauf der Zentralbahn ein eigenes Bahnnetz von insgesamt 327 km erhalte, welches als Zufahrtslinie zum Gotthard als beste Bahnlinie der Schweiz bezeichnet werden dürfe. Darüber hinaus würde

der Bund Miteigentümer an einigen Nebenbahnlinien, die teilweise auf Aargauer Kantonsgebiet lägen. – Trotzdem kann der Redaktor in einem separaten Artikel seine Besorgnis über den Wahlausgang nicht verbergen: Obschon die Zentralbahn weder den Papst noch die katholische Christenheit berühre, hätten in der Bundesversammlung fast alle Katholiken im Lager der Verstaatlichungsgegner gesessen. Irgendwelche Hoffnung auf einen Meinungsumschwung bis zum 6. Dezember dürfe man bei nüchterner Beurteilung der Lage nicht erwarten.

In der folgenden Nummer wird über die Verhandlungen des aargauischen Regierungsrates betr. Ankauf der Zentralbahn berichtet. Der Ankauf der Bahn und die damit angebahnte Verstaatlichung der Schweizer Eisenbahnen liege im vitalsten Interesse des Landes. Einzig die Verstaatlichung bringe niedrigere Bahntarife. Den Privatbahnen seien Gewinn und hohe Dividende das Hauptziel, Staatsbahnen müssten das allgemeine Wohl voranstellen. Und schliesslich: «Wir wollen in unserm eigenen Land unsere eigenen Meister sein, und uns nicht von fremden Spekulanten die Bedingungen unserer Existenz diktieren lassen, das Vaterland soll unabhängig und unverkauft bleiben. Nach erfolgter Diskussion wurde mit grossem Mehr beschlossen, die Annahme der Vorlage sei dem Schweizervolk aufs Wärmste zu empfehlen.

Anfangs Dezember fand in Seon eine Versammlung statt, an der fast alle Ammänner der Bezirksgemeinden teilnahmen; für Lenzburg war Fidel Villiger erschienen. Alle Teilnehmer unterzeichneten einen Aufruf, in dem sie den Stimmberechtigten dringend die Annahme der Vorlage empfahlen. Volkswirtschaftlich betrachtet sei die Verstaatlichung eine dringende Notwendigkeit, und überdies könne nicht weiter geduldet werden, dass Ausländer ihren Einfluss auf das hauptsächlichste Verkehrsmittel der Schweiz ausübten. – Am Sonntag hatte in der Kirche Othmarsingen ebenfalls eine Versammlung stattgefunden. Der Männerchor eröffnete sie mit einem patriotischen Lied, daraufhin erklärte Kantonsstatistiker Nef den zahlreichen Anwesenden die Vorlage und empfahl ihre Annahme.

Kleinlaut wird am 12. Dezember das Abstimmungsresultat bekannt gegeben: die Vorlage war mit mehr als 2/3 der Stimmen wuchtig verworfen worden. Angenommen hatten einzig die Stände Bern, Solothurn, Baselstadt, Baselland und Freiburg. Auch der Aargau hatte die Vorlage mit 12591 Ja zu 20943 Nein verworfen. Angenommen dagegen hatte der Bezirk Lenzburg (1588 ja/1372 nein), und die Stadt Lenzburg wiederum ein Glanzresultat erzielt: 288 ja/87 nein.

Die Verstaatlichung der volkswirtschaftlich bedeutendsten Eisenbahnen in Form des Rückkaufs durch den Bund wurde in einer weiteren Volksabstimmung nach heftigem Abstimmungskampf bei einer Beteiligung von 78% aller Stimmberechtigten mit grosser Mehrheit am 20. Februar 1898 beschlossen, und die zum Teil unter massgebendem ausländischem Einfluss stehenden Eisenbahngesellschaften durch die Schweizerischen Bundesbahnen abgelöst.

Die Verwerfung der Vorlage am 6. Dezember 1891 hatte noch eine weitere

**Tuch-Handlung u. Maassgeschäft
von C. RUPP, Lenzburg.**

Fertige Ueberzieher,
Reisedecken etc.



Fertige Herren- & Knaben - Kleider,
Gilets de chasse etc.

Reichhaltiges Lager in Herren-Stoffen
in allen Preislagen.
Grosse Auswahl in Halblein, Halbtuch,
Ia. Manchester, engl. Leder etc.

Specialität in wasserdichten Loden
zu Jagdjoppen, Wettermänteln u. Ueberstrümpfen etc.

Anfertigung nach Maass
in elegantester Ausführung.

Billigste Preise zusichernd empfiehlt sich höflichst 1611

C. RUPP, Lenzburg,
Tuch-Handlung u. Maassgeschäft.

politische Konsequenz: Emil Welti hatte seinerzeit als aargauischer Regierungsrat die Anfänge des für den Aargau so verhängnisvollen Privatbahnbaus, später als Bundesrat (1866–91) die Nationalbahnkatastrophe miterlebt. Als Bundespräsident hatte er sich 1891 mit ganzer Kraft für den Ankauf der Zentralbahn eingesetzt. Am Tage nach der Abstimmungsniederlage reichte er seinen Rücktritt ein. In der Sitzung der vereinigten Bundesversammlung vom 17. Dezember wurde dem Entlassungsgesuch mit grossem Bedauern entsprochen. Hierauf schritt man zur Neuwahl eines Bundesrates. Gewählt wurde mit 129 Stimmen Joseph Zemp aus Entlebuch. Damit wurde in der schweizerischen Politik eine neue Ära eingeleitet: mit Zemp nahm erstmals ein Katholisch Konservativer Einsitz im Bundesrat.

Wenn wir uns zum Schluss nochmals die Probleme der Schweizer von 1891 durch den Kopf gehen lassen, müssen wir mit Erstaunen feststellen, dass viele von ihnen, in leicht veränderter Form, auch wieder die Probleme der Schweizer von 1995 sind.